

- Bezirkliches Gesundheitsamt: Sozialpsychiatrischer Dienst (SPD):
zuständig für die Beratung von Menschen mit psychischen Störungen und mit Behinderungen, Angehörige, Nachbarn, Professionelle (z.B. auch Polizei); Hausbesuche; Fachdienst bei Leistungen der Eingliederungshilfe; Zwangseinweisung
- Klinik (Psychiatrische Abteilung):
stationär und teil-stationär (Tagesklinik); Pflichtversorgung nach Wohnbezirk des Patienten in TeSchö: Vivantes Wenckebach und AVK; andere Kliniken in anderen Bezirken haben keine Verpflichtung zur Aufnahme
Frau Schicketanz' eigene Erfahrungen mit stationären Angeboten sind durchgehend schlecht.
- NiG Pinel (Netzwerk Integrierte Gesundheitsversorgung – früher: Krisenpension)
überbezirkliche außerstationäre Krisenbegleitung, in betreuter Wohnung (24 Std.) selbstbestimmter Tagesablauf und dialogischer Ansatz.
home treatment: Krisenbegleiter machen Hausbesuche
soziales Netzwerk wird einbezogen
neu: TK, KKH, Betriebs-KK-Mitgliedschaft
Voraussetzung für Aufnahme und Behandlung
- Kontakt- und Beratungsstelle (KuB)
senatsfinanziert, pro Bezirk: mind. eine, niedrigschwellig, für Betroffene, Angehörige und Freunde etc.
Aufgaben: Treffpunkt, Beratung, Aktivitäten, Tagesstruktur, Krisenbegleitung, Freizeit- und Gruppenangebote, kostenlose Raumnutzung für Selbsthilfe-Gruppen.
Im Bezirk gibt es 4 KuBs: Pinell - Schöneberg; KommRum-Friedenau; Kurve GmbH – Mariendorf; DRK-ARSVivendi, Bln SüdWest – Marienfelde
- Betreute Wohnangebote
Leistung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, ist einkommens- und vermögensabhängig, muss beim Sozialamt beantragt werden, dort wird Bedarf und der Umfang festgestellt, oft unter Einbeziehung des Fachdienstes SPD.
Das Ziel aller Wohnangebote ist eine selbständige Lebensführung
BEW: Betreuung in eigener Wohnung durch

ambulante Träger

Einzelfallhilfe: ähnlich wie BEW, selbständig arbeitende Einzelfallhelfer_in kann vom Klienten ausgesucht werden

Appartement-Wohnen und betreute WG: im Wohnraum des Trägers; höherer Betreuungsbedarf als bei BEW/Einzelfallhilfe, Verpflichtung zur Teilnahme an Gruppenangeboten

Betreuungshaus: engmaschige Betreuung, hoher Betreuungsbedarf

- Betreute Beschäftigungsangebote:

Zuverdienst

außerhalb des 1. Arbeitsmarktes und außerhalb von Behinderten-Werkstätten.

Im geschützten Rahmen werden Beschäftigungsmöglichkeiten als Zuverdienst (ca. 1,50E/Std.) geboten von Trägern der Eingliederungshilfe z.B. in den Bereichen: Gastronomie, Wäscherei, Zeitungskiosk, Lampengeschäft

- Ambulante Psychotherapie

statt oder neben medikamentöser Therapie (Neuroleptika/Psychopharmaka)

Krankenkassenleistung (für 3

Therapierichtungen), freie Arztwahl, oft lange und mühselige Suche nach passender Therapeutin_en,

- Berliner Krisendienst

Die Tel.Nr.: 390 63 00 ist 24 Stunden erreichbar

Frau Schicketanz berichtet, dass die Verweildauer in den Kliniken immer kürzer werde, dort häufig in kurzer Zeit eine hohe Medikation erfolge ohne psychotherapeutische Begleitung, zudem oft eine sehr rasche Entlassung ohne Übergangshilfe zum ambulanten Versorgungssystem erfolgt.

In der anschließenden Diskussion stellen sich u.a. die Fragen:

Wie überlastet ist das bestehende System?

Wie bedarfsgerecht ist das System?

Frau Schicketanz beantwortet noch alle Fragen der Beiratsmitglieder.

Frau Lutze bedankt sich für den sehr guten Vortrag und die vielen Informationen.

Zudem erklärt sie, dass die Diskussion weiterführende Fragestellungen aufgeworfen hat, sodass die Thematik im Beirat zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgerufen werden kann.

<p style="text-align: center;">TOP 4</p> <p>Abstimmung über den aktualisierten Entwurf der Geschäftsordnung</p>	<p>Wegen Nicht-Beschlussfähigkeit wird der Punkt auf die nächste Sitzung verschoben. Dennoch wird erläutert, welche Änderungen vorgesehen sind. Ein § 5 soll hinzukommen. Er bietet die Möglichkeit, länger fehlende Beiratsmitglieder abzubrufen, da sonst die Arbeit des Beirats geschwächt wird. Es wird darauf hingewiesen, dass nur durch den- oder diejenige abgerufen werden kann, der/die auch berufen hat. Das ist in diesem Fall das Bezirksamt. Der aktualisierte Entwurf wird entsprechend dieser wichtigen Information nochmals geändert und zur nächsten Sitzung als Vorlage mit der Einladung verschickt.</p>
<p style="text-align: center;">TOP 5</p> <p>Berichte aus den Arbeitsgruppen (AG´s): AG Märkte AG Persönliches Budget, AG Barrierefreier Verkehrsraum („Maaßenstraße“) AG Carl-Sonnenschein-Grundschule</p>	<p><u>AG Markt:</u> Herr Seiler erklärt, die AG hätte sich zwischenzeitlich noch nicht getroffen. Frau Schneider fragt, ob Interesse bestehe, den Wochenmarkt vor dem Rathaus Schöneberg exemplarisch zu begehen mit einer/einem Verantwortlichen des Ordnungsamtes und einer/einem Verantwortlichen des Straßenbauamtes (ehemals Tiefbau), um die Verantwortlichen vor Ort auf etwaige Verstöße oder Verbesserungsmöglichkeiten aufmerksam zu machen. Der Vorschlag wird angenommen. Frau Schneider wird zwecks Terminvereinbarung Kontakt mit den genannten verantwortlichen stellen im Bezirksamt aufnehmen.</p> <p><u>AG Persönliches Budget:</u> Wird wie angekündigt demnächst wieder aufgegriffen.</p> <p><u>AG Barrierefreier Verkehrsraum:</u> Zum Projekt „Maaßenstraße“ ist die aktuelle Stellungnahme des Beirates und der Behindertenbeauftragten bereits allen Mitgliedern versendet worden. Der Vorschlag, die Poller deutlich farblich abzugrenzen, soll vom Straßenbauamt abgelehnt worden sein. Frau Schneider ist dabei, hierüber eine Klärung mit der Fachverwaltung zu erreichen. Wir befinden uns noch im Stadium der Entwurfsplanung und werden auch zur Verfahrensplanung berücksichtigt. Herr Seiler empfiehlt eine unabhängige wissenschaftliche Begleitung, da es sich auch um ein Projekt mit Modellcharakter handelt. Fr. Schneider wird den Vorschlag an die Senatsverwaltung Stadtentwicklung weiterleiten, und auf Kooperationsmöglichkeiten mit Berliner Hochschulen hinweisen</p> <p><u>AG Carl-Sonnenschein-Grundschule:</u> Die Stellungnahme des Beirates hat offensichtlich</p>

	<p>Erfolg gezeigt. Es wurde entschieden, einen Aufzug einzubauen.</p>
<p>TOP 6 Berichte aus den Gremien: Kundenrat BVG, Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft Te-Schö: Untergruppe „Wohnen“ und Plenum BVV-Ausschüsse: Soziales u Senioren, Gesundheit, Wirtschaft, Frauen-, Queer- und Inklusionspolitik</p>	<p><u>Kundenbeirat BVG</u>: Keine Neuigkeiten. <u>PSAG</u>: Frau Lutze berichtet von einem Vortrag von Dr. Elstner aus dem Behandlungszentrum am Königin Elisabeth Herzberg Krankenhaus über Versorgungsengpässe für Menschen mit geistiger Behinderung</p> <p>Von den <u>BVV-Ausschüssen</u> gibt es keine Berichte, da die Teilnahme nicht möglich war bzw. die betreffenden Teilnehmer_innen nicht anwesend waren oder der Ausschuss seit der letzten Beiratssitzung noch nicht getagt hatte.</p>
<p>TOP 7 Bericht des Vorstands</p>	<p>Zur Protokollführung wird geprüft, ob sie weiterhin aus dem Kreis der Beiratsmitglieder durchgeführt werden soll.</p> <p>Frau Schneider weist darauf hin, dass ein Protokoll-Entwurf als Vorlage ausreiche, sie würde diese Vorlage dann ausarbeiten, und im letzten Schritt werde das Protokoll vom Vorstand (als verantwortlichem Schriftführer) überarbeitet, ehe es zur Abstimmung in die Beiratssitzung gehe.</p> <p>Es wird sich darauf verständigt, dass reihum von allen, die können, Protokoll – wie von Fr. Schneider beschrieben -geführt wird, so dass jede/r ca. 1mal im Jahr dran ist.</p>
<p>TOP 8 Bericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderung: Frau Schneider</p>	<p>Die nächste Sitzung wird am 12.11.2014 stattfinden, und zwar wieder im Casino, ebenso die folgende am 28.01.2015.</p> <p>Frau Schneider lädt ein zu einer Fortbildung zur Beantragung von Fördergeldern (EU-, Bundes- und bezirkliche Fördermittel) für Inklusionsprojekte. Die Ausschreibung wird demnächst an alle Beiräte versendet. Der erste Teil des Seminars wird am 17.11.2014 von 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr im Rathaus durchgeführt, danach können noch fünf Einzelstunden für konkrete Projekte in Anspruch genommen werden.</p> <p>Frau Schneider berichtet von demnächst anstehenden Gesetzesänderungen, an denen die behindertenpolitischen Landesgremien und die Bezirksbeauftragten beratend beteiligt sind: Landesgleichberechtigungsgesetz (LBGG) und Landesbauordnung. Bei der Novellierung des LBGG geht es u.a. um die Stärkung und Vereinheitlichung der Position der bezirklichen Beiräte und Behindertenbeauftragten, und insgesamt um die Anpassung an die Erfordernisse der UN-BRK. Bei</p>

	<p>der Landesbauordnung seien hingegen Verschlechterungen in Bezug auf verpflichtende Vorgaben zur Barrierefreiheit und deren Kontrolle zu befürchten.</p> <p>Frau Schneider berichtet über die Veranstaltungsreihe „Einstellungssache: Frauen mit Behinderung und Unternehmen zusammen bringen“, die sie zusammen mit dem Thementisch Arbeit, der bezirklichen Wirtschaftsförderung und dem Kooperationspartner Life e.V. einem Frauenbildungsträger, organisiert. Hiermit wird die im Juni gestartete bezirkliche Kampagne „Inklusion: WinWin für Unternehmen und Fachkräfte mit Behinderung“ fortgesetzt.</p>
<p>TOP 9 Verschiedenes</p>	<p>Es gibt keine Beiträge.</p>